

Handout-Übersicht Fachforum III „Demografischer Wandel“

Podium

Prof. Dr. Christine Bauhardt, Humboldt-Universität zu Berlin

Anforderungen an eine geschlechtergerechte Stadt- und Regionalplanung in Berlin

Geschlechtergerechte Stadt- und Regionalplanung muss ein umfassendes Verständnis von Alltagshandeln beinhalten: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Freizeit – für beide Geschlechter. Aufgabe der Planung ist, die Alleinzuständigkeit von Frauen für reproduktive Belange nicht auf Dauer zu stellen und beiden Geschlechtern die Partizipation in allen Sphären des Lebens zu ermöglichen.

Dazu sind zu berücksichtigen:

- Stadt der kurzen Wege durch Planung, die von der Mobilität im Nahraum ausgeht: Fußverkehr, alle Formen nichtmotorisierter Fortbewegung
- Bewegungsfreiheit und Mobilitätschancen im öffentlichen Raum besonders für Frauen, da sie sich häufiger zu Fuß und per Öffentlichen Verkehr fortbewegen, auch wenn sie berufstätig sind
- Bedarfsorientierte Wohnraumversorgung in Verbindung mit integrierter Stadtteilentwicklung
- Öffentlich finanzierte technische und soziale Infrastrukturen (z.B. öffentlicher Nahverkehr, Betreuungsmöglichkeiten, Bibliotheken, Sportangebote etc.)
- Grün- und Freiflächenplanung, die sowohl die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen als auch diejenigen von Betreuungspersonen berücksichtigt
- Mitgestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für Frauen in allen Bereichen, die das städtische Leben und die Stadtplanung betreffen, sowohl in informellen als auch in formalen Entscheidungsverfahren

Migration und Stadtentwicklung:

Jede Stadt lebt von Migrationsprozessen, Städte entstehen aufgrund von Migration, Städte sind v.a. Orte von Fremdheit und Anonymität. MigrantInnen sind keine Sondergruppe in der Stadt, sondern sie sind gleichberechtigter Teil davon. Gleichberechtigtes Zusammenleben ist eine Aufgabe für alle StadtbewohnerInnen.

Deshalb:

- Stadtplanung muss MigrantInnen als Gesprächs- und EntscheidungspartnerInnen aktiv einbeziehen
- Stadtplanung muss kulturelle Diversität aktiv fördern
- Stadtplanung muss Freiheit fördern, zwischen verschiedenen kulturellen Räumen wählen zu können
- Für Migrantinnen gelten dieselben Kriterien an eine geschlechtergerechte Stadt- und Regionalplanung in Berlin wie oben genannt

Kongress „Gleichstellung weiter denken – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“
29.11.2007, Hotel Berlin, Berlin

Insgesamt sollte gelten: Frauen sind keine benachteiligte Gruppe, sondern aktive Gestalterinnen des städtischen Lebens und sie müssen als Gesprächspartnerinnen ernst genommen werden. Sie müssen in Entscheidungsprozesse aktiv einbezogen werden, nicht nur in Bezug auf „soziale“ Themen, sondern in allen Feldern städtischer Planung (Gender Mainstreaming). Je größer die Beteiligung, desto größer ist die Chance, dass die vielfältigen Facetten des Lebens von Frauen – in Bezug auf Alter, kulturelle Bezüge, Lebensformen – zur Sprache kommen.